

ABTEILUNG FÜR STATISTIK –
INFORMATIONSSYSTEME UND DATENMANAGEMENT

Ausweisrichtlinie zum Beleg B4

Versionsinfo:

Version März 2021:

- Im Bereich der Non SEPA Zahlungen wechselt die Ausprägung für nicht anwendbar von NA auf NOTA.
- Im Bereich der Konten wurde auf den Zusammenhang von Zahlungskarten und Zahlungskonten näher eingegangen.
- Im Bereich der Bargeldüberweisungen wurde die Pflicht zur Angabe der volkswirtschaftlichen Sektoren gestrichen.
- Im Bereich der ATMs wurde die Meldepflicht der Banken für Geldautomaten (ATM) die kontaktlosen Transaktionen erlauben ergänzt.

Version Mai 2021:

- Die zu meldenden Geldwerte sind in **EINER** mit zwei Kommastellen (auf den Cent genau) anzuführen.
- Informationen zu Kontoinformationsdienstleistern und Konten-Informationsservice-Anbietern: Die Geo-Aufgliederung bezieht sich auf das Land des Kontoinformationsdienstleisters (AISPs). Wenn Kontoinformationsdienstleister aus unterschiedlichen Ländern während des Bezugszeitraums zugreifen, dann ist – sofern von der EZB keine anderen Vorgaben kommen – das Land anzugeben aus dem am häufigsten zugegriffen wird.
- Information zur Anzahl der Kunden von Kontoinformationsdienstleistern: Die Geo-Aufgliederung bezieht sich auf das (Wohnsitz-)Land des Kunden.
- Betreffend SWIFT-Zahlungen wurde betreffend des NON-SEPA-Schemas ergänzt: (wir würden eine „NA“-Klassifizierung bei SWIFT-Transaktionen erwarten).
- Die einzelnen Melde-Konzepte im Zusammenhang mit Überweisungen wurden im Rahmen einer Grafik in einen Zusammenhang gestellt. Weiters wurde klargestellt, dass Zahlungsvorgänge im Zusammenhang mit der Verwaltung von Wertpapiervermögenswerten meldepflichtig sind.
- Bei der Dimensionsausprägung DELDEBIT bei Kartenfunktion wurde ergänzt, dass es sich um Kreditkarten ohne Kreditfunktion (Delayed Debit) handelt.

Version Juli 2021:

- Weitere Präzisierung zu Informationen betreffend Kontoinformationsdienstleister und Konten-Informationsservice-Anbieter:
 - Beispiel für die Meldung des Landes des Kontoinformationsdienstleisters
 - Präzisierung der Rolle eines Account Information Service Providers bei Kreditinstituten
- Debit MasterCard steht als Systemkennung ab 2022 zur Verfügung.

- Nähere Definition von Transaktionen via „Mobile payment solution“ bzw. „P2P-Lösung für mobile Zahlungen“
- Änderung der Meldelogik bezüglich der ATMs: Es sind alle Eigenterminals (im eigenen Besitz) zu melden unabhängig, ob andere Zahlungsdienstleister das Gerät noch mitnutzen
- Angabe der Handhabung von Einzahlungen mit Hilfe eines Werttransportunternehmens im Zusammenhang mit Bargeldeinzahlungen am Schalter
- Unterscheidung der Meldepflichten von P2P-Lösung für mobile Zahlungen im B1 und im B4
- Nähere Ausführungen zu Non-SEPA-Lastschriftverfahren („ONUS“ bzw. „nicht anwendbar“).
- Nähere Definition zu den EWR-Ländern
- Eine Zahlung (z.B. Spende) mittels Zahlschein bei einer Fremdbank (d.h. ohne vorhandenes Konto) ist nicht als Überweisung einzuordnen, sondern als Bargeldüberweisung.

Version September 2021:

- Weitere Präzisierung zu den EWR-Ländern
- Klarstellung, dass bei der Anzahl der ATMs nur Typ B-Geräte im B4 und sonstige ATMs (z.B. solche mit Überweisungsfunktion) meldepflichtig sind (Typ A-Geräte werden im B1 erfasst).
- Klarstellung wie bei Behebungen am Geldautomaten im Inland mit Sparkarten, die inländische Issuer begeben haben zu melden sind.
- Erläuterung der Behandlung von Treuhand- und Gemeinschaftskonten im Zusammenhang mit der Meldung von Kunden von Kontoinformationsdienstleistern.
- Zusätzliche Erläuterung zu nicht SEPA-Überweisungen / On-Us
- Beispiel für die Meldung von gesendeten elektronischen Überweisungen ohne starke Kundenauthentifizierung.
- Erläuterung, dass Bluecode-Transaktionen nicht im B4 meldepflichtig sind, sondern nur das Settlement.

Version November 2021:

- Zusätzliche Erläuterung zu Kontoinformationsdienstleistern und Konten-Informationsservice-Anbietern
- Zusätzliche Erläuterung zu Kontogutschriften bzw. Kontobelastungen durch bloße Verbuchung
- Zusätzliche Erläuterung zu Zahlungskonten

Version März 2022:

- Konkretisierung bezüglich der Meldung von abgebrochenen, zurückgewiesenen stornierten und rückgebuchten Transaktionen

Version Juni 2022:

- Konkretisierung bezüglich der Meldung von in Papierform eingereichten Daueraufträgen
- Konkretisierung bezüglich der Meldung von Bargeldüberweisungen (Abgrenzung zu Meldung von „Finanztransfers“ in der Meldung B1)

Version November 2022:

- Analog zum B5:
 - gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst; **Einzelabwicklung**) – Onlinebanking
 - gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst; **Einzelabwicklung**) - via Geldautomaten (ATM) oder anderem Terminal
 - gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst; **Einzelabwicklung**) - mobiler Zahlungsvorgang
- **NONSEPA1-n Zahlungen** (abseits von ONUS und NOTA) sind nur nach Rücksprache mit der OeNB zu melden (**dies wurde im Schaubild entsprechend gekennzeichnet**)

Inhalt

1.	ALLGEMEINES.....	6
2.	GESETZLICHE GRUNDLAGE.....	7
3.	MELDEPFLICHT	7
4.	BEGRIFFE UND ERKLÄRUNGEN.....	8
4.1	TRANSAKTIONEN ATM – ON US	15
4.2	ÜBERWEISUNGEN, LASTSCHRIFTEN UND SCHECKS	16
	<i>Überweisungen</i>	18
	<i>Lastschriften</i>	26
	<i>Schecks</i>	27
4.3	SONSTIGE BESTANDSDATEN FÜR PAYMENTS STATISTICS	27
	4.3.1 <i>Konten</i>	27
	4.3.2 <i>ATM-Terminals</i>	31
	4.3.3 <i>Informationen zu Kontoinformationsdienstleistern und Konten-Informationsservice-Anbietern</i>	32
4.4	SONSTIGE TRANSAKTIONEN	34
	4.4.1 <i>Bargeldüberweisungen gesendet/erhalten</i>	34
	4.4.2 <i>Bargeldabhebungen bzw. Bargeldeinzahlungen (von Nichtbanken) am Schalter</i>	34
	4.4.3 <i>Kontogutschriften bzw. Kontobelastungen durch bloße Verbuchung</i>	35
	4.4.4 <i>Zahlungsvorgänge, die über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst wurden</i>	36
5.	MELDEDIMENSIONEN	38

1. Allgemeines

Die zu meldenden Geldwerte sind in **EINER** mit zwei Kommastellen (auf den Cent genau) anzuführen. Die Anzahl ist in **EINER** zu melden. Zahlungstransaktionen in Fremdwährungen sind enthalten. Daten werden unter Verwendung des Referenzwechsellkurses der EZB oder der für diese Transaktionen zugrunde gelegten Wechselkurse in Euro umgerechnet. Daher: Für den Fall, dass es keinen "Kurs der Transaktion" gibt (z.B. USD-Überweisung auf ein USD-Konto) sollte, wenn möglich, zu dem jeweiligen Tagesreferenzkurs, sonst (wenn z.B. keiner vorhanden) zum Monatsreferenzkurs umgerechnet werden.

Bestandsdaten beziehen sich auf Positionen zum Ende des Berichtszeitraums, d. h. Positionen am letzten Arbeitstag des betreffenden Kalenderjahres. Stromgrößen beziehen sich auf im Berichtszeitraum aufgelaufene Zahlungstransaktionen, d. h. die Gesamtsumme für das betreffende Kalenderjahr.

Die Daten sind unkonsolidiert pro Institut zu melden. Zahlungsdienstleister haben die Daten unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalenderhalbjahres, spätestens aber zwei Monate nach dem Meldestichtag bzw. dem letzten Tag der Meldeperiode an die Oesterreichische Nationalbank zu erstatten. Die Meldung ist mittels elektronischer Übermittlung an die Oesterreichische Nationalbank zu erstatten. Die erste Meldung hat für die Meldeperiode 1. Halbjahr 2022 bzw. zum Stichtag 31. 6. 2022 zu erfolgen.

Weitergabe vertraulicher statistischer Daten

Vertrauliche Daten werden, wie in der Verordnung (EU) 2020/2011 der Europäischen Zentralbank der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 2020 zur Zahlungsverkehrstatistik (EZB/2020/59) vorgesehen an die EZB übermittelt. Eine Weitergabe von Daten der EZB an die EBA erfolgt in aggregierter Form (die Daten unterliegen somit keiner Vertraulichkeit).

Gemäß Verordnung des Rates Nr. 2533/98 dürfen vertrauliche statistische Daten auch an die nach dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht für die Beaufsichtigung von Finanzinstituten, -märkten und -infrastrukturen oder für die Stabilität des Finanzsystems zuständigen Behörden oder Einrichtungen der Mitgliedstaaten und der Union und an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nur in dem zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben erforderlichen Maße und Detaillierungsgrad übermittelt werden.

Im konkreten Fall werden Daten zum Auslandszahlungsverkehr aus dem B4 von der OeNB an die FMA zur Prävention von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung weitergegeben. Die FMA erhebt die Daten auf Grundlage von § 29 iVm § 25 FM-GwG. Eine Veröffentlichung dieser Transaktionsdaten durch die FMA ist nicht vorgesehen.

Weiters werden die Daten zur Aufgabenerfüllung der OeNB im Rahmen § 8 Abs 2 SanktG 2010 sowie zur Erstellung der Zahlungsbilanz gemäß Devisengesetz 2004 (durch die OeNB) herangezogen.

2. Gesetzliche Grundlage

EZB-Guideline on monetary and financial statistics (ECB/2014/15) vom 4. April 2014 sowie Verordnung (EU) 2020/2011 der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 2020 zur Zahlungsverkehrsstatistik (EZB/2020/59) iVm § 44 Nationalbankgesetz.

Zahlungsdienstleister haben gemäß § 86 Abs 3 Zahlungsdienstegesetz der FMA statistische Daten zu Betrugsfällen in Verbindung mit den unterschiedlichen Zahlungsmitteln vorzulegen. Diese Meldepflicht gilt mit der Übermittlung der Meldungen B1 (für Acquirer und Issuer), B4 (sonstige Zahlungen) und B5 (Betrugsdaten) als erfüllt.

3. Meldepflicht

Meldepflichtig für diese Erhebung sind alle Zahlungsdienstleister (Kreditinstitute gemäß EU-Gemeinschaftsrecht¹, Zahlungsinstitute², E-Geld-Institute³) und bzw. oder Betreiber von Zahlungsverkehrssystemen.

Zahlungsdienstleister sind Institute, die in Österreich als Gesellschaft eingetragen und ansässig sind, einschließlich Tochterunternehmen (eigenständige Kapitalgesellschaften, an denen ein anderes Rechtssubjekt die Mehrheit der Anteilsrechte oder alle Anteilsrechte besitzt) von außerhalb dieses Staatsgebiets ansässigen Mutterunternehmen, und Zweigstellen von Instituten (nicht als Kapitalgesellschaften geführte, rechtlich unselbstständige Rechtssubjekte, die vollständig im Eigentum ihres Mutterunternehmens stehen) aus dem EWR Raum die in Österreich ihren Sitz haben (gemäß Niederlassungsfreiheit). Eine Konsolidierung von Daten über Landesgrenzen hinweg ist für statistische Zwecke nicht erlaubt (d.h.: Transaktionen die z.B. über eine Zweigstelle/Filiale in Österreich abgewickelt werden, müssen in Österreich gemeldet werden und dürfen nicht bei der ausländischen Mutter gemeldet werden.)

¹ im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 Buchstabe a der Richtlinie 2006/48/EG

² im Sinne von Artikel 4 Nummer 4 der Richtlinie 2007/64/EG

³ im Sinne von Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2000/46/EG

4. Begriffe und Erklärungen

Nicht-MFIs (Non-MFI)	Jede natürliche oder juristische Person, die nicht zum MFI-Sektor gehört. Für die Zwecke der Zahlungsverkehrsstatistik sind alle Zahlungsdienstleister aus dem „Nicht-MFI“-Sektor ausgeschlossen.
Monetäre Finanzinstitute, MFIs (Monetary Financial Institutions)	MFIs sind alle institutionellen Einheiten der Teilsektoren Zentralbank (ESVG-Sektor S.121), Kreditinstitute (ohne die Zentralbank) (ESVG-Sektor S.122) und Geldmarktfonds (ESVG-Sektor S.123) gemäß dem überarbeiteten Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nach der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union.
Debitkarte (Card with a debit function)	Eine Karte, die Karteninhabern ermöglicht, dass ihre Konten direkt und unmittelbar mit Käufen oder Bargeldbehebungen belastet werden, unabhängig davon, ob diese Konten beim Kartenemittenten gehalten werden oder nicht. Eine Karte mit Debitfunktion kann mit einem Konto, das Überziehungskredite als eine zusätzliche Eigenschaft anbietet, verbunden sein.
Kreditkarte <u>ohne</u> Kreditfunktion (Card with a delayed debit function)	Eine Karte, die Karteninhabern ermöglicht, dass ein Konto beim Kartenemittenten mit Käufen oder Bargeldbehebungen bis zu einer genehmigten Grenze belastet wird. Der Saldo auf diesem Konto wird <u>regelmäßig</u> am Ende eines im Voraus festgelegten Zeitraums (zumeist monatlich) vollständig beglichen (verzögerte Abbuchung). Für den Zeitraum zwischen Bezahlung einer Ware und der Fälligkeit der Kreditkartenabrechnung (z.B. jedes Monatsende) wird dem Kreditkarteninhaber ein zinsenloser Kredit gewährt (convenience credit).
Kreditkarte <u>mit</u> Kreditfunktion (Card with a credit function)	Eine Karte, die Karteninhabern ermöglicht, dass ein Konto beim Kartenemittenten mit Käufen oder Bargeldbehebungen bis zu einer genehmigten Grenze belastet wird. Bei der Rückzahlung des Saldos auf diesem Konto kann dabei der Karteninhaber zwischen der vollständigen Rückzahlung zu den standardmäßig

vorgesehenen Terminen und der Rückzahlung per Ratenzahlung innerhalb eines festzulegenden Zeitraumes wählen. Allerdings werden für diese Form der Ratenkreditgewährung in der Regel Zinsen seitens des Kartenemittenten verrechnet (credit card credit).

Überweisung
(credit transfer)

Ein Zahlungsdienst, mit dem der Zahlende sein kontoführendes Institut anweisen kann, dem Begünstigten Geldmittel zu überweisen. Es handelt sich um eine Zahlungsanweisung oder eine Reihe von Zahlungsanweisungen, deren Zweck darin liegt, dem Begünstigten Geldmittel verfügbar zu machen. Sowohl die Zahlungsanweisung als auch die in ihr beschriebenen Geldmittel werden vom Zahlungsdienstleister des Zahlenden zum Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers, d. h. Begünstigten, transferiert, möglicherweise über mehrere zwischengeschalteten Kreditinstitute und/oder ein oder mehrere Zahlungsverkehrs- und Verrechnungssysteme.

Transaktionen mit Bargeld an einem oder beiden Enden der Zahlungstransaktion, und unter Verwendung eines Überweisungsdienstes, sind als Überweisungen enthalten.

Überweisungen an einem Geldautomaten mit Überweisungsfunktion sind auch enthalten. Überweisungen zur Verrechnung ausstehender Forderungen aus Transaktionen unter Verwendung von Kreditkarten mit oder ohne Kreditfunktion sind auch enthalten. Bareinzahlungen auf ein Konto unter Verwendung eines Bankformulars sind nicht unter Überweisungen enthalten.

Überweisungen beleglos
initiiert
(credit transfers – non
paper based)

Jede Überweisung, die der Zahlungspflichtige nicht in Papierform einreicht, d. h. elektronisch. Enthält Einreichungen per Telefax oder sonstiger Kommunikationsmittel (wie automatisiertes Telefon-Banking), sofern sie ohne manuellen Eingriff in elektronische Zahlungen umgewandelt werden.

~~Enthält Daueraufträge, die anfangs zwar in Papierform eingereicht wurden, in der Folge aber regelmäßig elektronisch ausgeführt werden.~~

Enthält Überweisungen, die durch einen Zahlungsdienstleister auf der Basis eines Finanzdienstes ausgeführt werden, wenn der Finanzdienst beleglos initiiert ist, oder die Form der Einreichung des Dienstes unbekannt ist, und der

	<p>Zahlungsdienstleister die Überweisung elektronisch ausgeführt hat.</p> <p>Enthält an einem Geldautomaten mit Überweisungsfunktion initiierte Überweisungen.</p>
<p>Beleginitiierte Überweisungen (credit transfers – paper based)</p>	<p>Eine Überweisung, die vom Zahler</p> <ul style="list-style-type: none"> • in Papierform veranlasst wird • oder durch die Anweisung an das Personal einer Filiale am Schalter veranlasst wird • oder eine Überweisung, die eine manuelle Bearbeitung erfordert. <p>In Papierform eingereichten Daueraufträge werden als "Beleginitiierte Überweisungen" gemeldet.</p>
<p>Überweisungen initiiert als Datei/Sammelüberweisung (credit transfers – initiated in a file/batch)</p>	<p>Eine beleglos initiierte Überweisung, die Teil einer Gruppe von Überweisungen ist, die vom Zahlungspflichtigen gemeinsam initiiert werden. Jede Überweisung, die Teil einer Sammelüberweisung ist, wird als separate Überweisung gezählt, wenn die Anzahl der Transaktionen gemeldet wird.</p>
<p>Geldautomat (ATM – automated teller machine)</p>	<p>Elektromechanische Vorrichtung, mit der autorisierte Nutzer, die typischerweise maschinenlesbare physische Karten verwenden, Bargeld von ihren Konten abheben können und/oder Zugang zu sonstigen Diensten erhalten, zum Beispiel Kontostandsabfragen, Überweisungen oder Bargeldeinzahlungen.</p> <p>Eine Vorrichtung, mit der ausschließlich Kontostandsabfragen getätigt werden können, gilt nicht als ATM.</p> <p>Der Geldautomat kann im Online-Modus, mit einer Echtzeit-Autorisierungsanfrage oder im Offline-Modus betrieben werden.</p>
<p>Geldautomat mit Überweisungsfunktion (ATM with a credit transfer function)</p>	<p>Geldautomat, der es autorisierten Nutzern ermöglicht, Überweisungen unter Verwendung einer Zahlungskarte vorzunehmen.</p>
<p>Bargeldabhebung am Geldautomaten (cash withdrawals at ATMs)</p>	<p>Bargeldabhebung an einem Geldautomaten unter Verwendung einer Karte zur Bargeldabhebung.</p>

Bargeldeinzahlung am Geldautomaten (cash deposits at ATMs)	Bargeldeinzahlung an einem Geldautomaten unter Verwendung einer Karte zur Bargeldabhebung. Enthält alle Transaktionen, bei denen Bargeld an einem Terminal ohne manuellen Eingriff eingezahlt wird und der Zahlungspflichtige mit einer Zahlungskarte identifiziert wird.
Scheck (Cheque)	Eine schriftliche Anweisung einer Partei, d. h. des Ausstellers, an eine andere Partei, d. h. den Bezogenen, der normalerweise ein Kreditinstitut ist, die den Bezogenen verpflichtet, dem Aussteller oder einem vom Aussteller benannten Dritten auf Sicht einen bestimmten Betrag zu zahlen. Bargeldabhebungen mit Schecks sind enthalten. Bargeldabhebungen unter Verwendung von Bankformularen sind nicht enthalten. Ausgegebene Schecks, die nicht zur Verrechnung eingereicht wurden, sind nicht enthalten.
Erhaltene Transaktion (Transaction received)	<p>Eine von Zahlungsdienstleistern empfangene Transaktion, an der Nicht-MFIs beteiligt sind.</p> <p>Für verschiedene Zahlungsinstrumente gilt folgende Erhebungslogik:</p> <p>Erhaltene Überweisungen werden auf der Seite des Zahlungsempfängers gezählt;</p> <p>Erhaltene Lastschriften werden auf der Seite des Zahlungspflichtigen gezählt (d.h. es werden die eingehenden Anweisungen/Aufträge zu Lastschriften erfasst);</p> <p>Erhaltene Schecks werden auf der Seite des Zahlungspflichtigen gezählt (Kunde stellt den Scheck aus; Schecklastschrift)</p>
Gesendete Transaktion (Transaction sent)	<p>Eine von Zahlungsdienstleistern gesendete Transaktion, an der Nicht-MFIs beteiligt sind.</p> <p>Für verschiedene Zahlungsinstrumente gilt folgende Erhebungslogik:</p> <p>Gesendete Überweisungen werden auf der Seite des Zahlungspflichtigen gezählt;</p> <p>Gesendete Lastschriften werden auf der Seite des Zahlungsempfängers gezählt (d.h. es werden die ausgehenden/gesendeten Aufträge zu Lastschriften erfasst);</p> <p>Gesendete Schecks werden auf der Seite des Zahlungsempfängers gezählt (Zahlungsempfängers reicht den Scheck zur Gutschrift ein)</p>
Zahlungskonto (Payment account)	Ein Konto, das im Namen von einem oder mehreren Zahlungsservicebenutzern gehalten wird und für die

Durchführung von Zahlungsmitteltransaktionen benutzt wird (wie in Artikel 4 der Richtlinie 2007/64/EC).

E-Geld-Konten
(E-money accounts)

Konten, auf denen E-Geld gespeichert ist. Das Kontoguthaben kann vom Kontoinhaber verwendet werden um Zahlungen und Überweisungen zwischen Konten vorzunehmen. Karten, auf denen E-Geld direkt gespeichert werden kann (hardware based e-money), fallen nicht unter E-money accounts.

Konten für täglich fällige
Einlagen
(Number of overnight
deposits)

Die Anzahl von Taggeldkonten deren Einlagen in Bargeld umgewandelt und/oder auf Verlangen per Scheck, Bankauftrag, Lastschrift, möglicherweise auch mit Kredit- oder Debitkarten oder ähnlichen Mitteln ohne nennenswerte Verzögerung, Beschränkung oder Gebühren in Anspruch zu nehmen, übertragen werden können. Jede E-Geld-Karte ist jedenfalls als Konto für täglich fällige Einlagen zu melden (wie in ECB/2013/33 definiert ist).

Online-Konten für täglich
fällige Einlagen
(Number of internet/PC
linked overnight deposits)

Anzahl der Taggeldkonten von Nicht-MFIs, auf die der Kontoinhaber mit speziell dafür eingerichteten Telekommunikationsleitungen über das Internet, oder mit dafür vorgesehenen Bank-Anwendungen über den PC zugreifen und verfügen kann.

Konten für übertragbare,
täglich fällige Einlagen
(Number of transferable
overnight deposits)

Anzahl der Taggeldkonten mit Einlagen, die auf Wunsch unmittelbar an andere Wirtschaftssubjekte durch allgemein verwendete Zahlungsmittel wie Überweisungen und Lastschriften, möglicherweise auch mit Kredit- oder Debitkarten, E-Geld-Transaktionen, Schecks oder ähnlichen Mitteln, ohne nennenswerte Verzögerung Beschränkung oder Gebühren, übertragbar sind.

Einlagekonten von denen Abhebung von Bargeld und / oder Einlagen nur über ein anderes Konto des gleichen Besitzers getätigt werden können, werden nicht als übertragbare Einlagen (Verordnung (EG) 25/2009) aufgenommen.

Täglich fällige Einlagen umfassen Einlagen ohne Bindungs- bzw. Kündigungsfrist sowie Einlagen mit einer Bindungs- bzw. Kündigungsfrist von maximal einem Geschäftstag. Sparbücher mit einer längeren Bindungsfrist, bei denen Pönalen

(Vorschusszinsen) bei vorzeitiger Behebung verlangt werden, zählen somit nicht zu den täglich fälligen Einlagekonten.

Einlagen, die ausschließlich für die Barabhebung genutzt werden können bzw. Einlagen, aus denen Mittel nur durch ein anderes Konto desselben Inhabers abgehoben oder übertragen werden können, sind keine übertragbaren Einlagen (z.B. Spareinlagen).

Online-Konten für übertragbare, täglich fällige Einlagen
(Number of transferable overnight deposits – PC/Internet linked)

Anzahl der Taggeldkonten mit übertragbaren Einlagen von Nicht-MFIs, auf die der Kontoinhaber mit speziell dafür eingerichteten Telekommunikationsleitungen über das Internet, oder mit dafür vorgesehenen Bank-Anwendungen über den PC zugreifen und verfügen kann.

grenzüberschreitende Transaktion

Eine vom Zahlungspflichtigen oder vom Zahlungsempfänger initiierte Zahlungstransaktion, wobei der Zahlungsdienstleister des Zahlungspflichtigen und der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers sich in unterschiedlichen Ländern befinden.

Zahlungsvorgänge im Zusammenhang mit der Verwaltung von Wertpapiervermögenswerten, einschließlich Dividenden, Erträgen oder anderen Ausschüttungen, oder Rücknahme oder Verkauf
(Ausnahmen in Artikel 3 der PSD2)

Die EZB-Verordnung schreibt vor, dass alle Zahlungsvorgänge an oder von Nicht-MFIs gemeldet werden müssen, unabhängig davon, welcher Grund dem Zahlungsvorgang zugrunde liegt. Daher wären diese speziellen Zahlungstransaktionen nicht ausgenommen. Alle anderen Zahlungsvorgänge, an denen Nicht-MFIs beteiligt sind und die nach diesem Unterabschnitt der PSD2 ebenfalls als ausgeschlossen angesehen werden könnten, sollten ebenfalls gemeldet werden, unabhängig von dem für die Zahlung verwendeten Zahlungsinstrument.

ERW-Länder

Die verschiedenen Länder-Sektoren sind unter <https://www.oenb.at/meldewesen/meldebestimmungen/aufsichtsstatistik/zahlungsverkehrsstatistik.html> zu finden. Im Sektor BSPAYEWR finden sich alle ERW-Länder sowie unter dem Code X42 die Nicht-ERW-Länder in Summe.

Alle in den Sektoren nicht angeführten „Gebiete/Länder mit einer besonderen verfassungsrechtlichen Beziehung zwischen dem betreffenden Gebiet und dem betreffenden Mitgliedstaat“

mit eigenem Länder-ISO-Code zählen nicht zu den EWR-Ländern (z.B. Französisch Polynesien (PF) nicht zu Frankreich, San Marino (SM) und Vatikan (VA) nicht zu Italien, Faeroer Inseln Dän.Verwaltung (FO) and Grönland (Dän.Verwaltung) (GL) nicht zu Dänemark, Andorra (AD) nicht zu Spanien, Aruba (AW), Bonaire, St. Eustatius und Saba (BQ), Curaçao (CW) and St. Martin (SX) nicht zu den Niederlanden, etc.)

Z.B. ist Grönland nicht bei Dänemark einzurechnen, sondern bei Summe EWR-extern. Monaco kann bei der EWR-Gliederung gleich in Summe bei Frankreich gemeldet werden. Wenn weltweit alle Einzelländer gefordert sind, sind alle ISO-Codes und somit auch Grönland und Monaco einzeln anzuführen.

Bluecode-Transaktionen	Grundsätzlich müssen laut EZB Transaktionen in der Instrumenten-Kategorie gemeldet werden, über die sie ausgelöst werden. Nachdem die Zahlungsaufsicht in Österreich Bluecode nicht als Überweisung oder Lastschrift klassifiziert, sondern als eigenständiges Produkt, ist diese Transaktion nicht im B4 sondern im B1 unter andere Zahlungsinstrumente meldepflichtig. Das Settlement (z.B. via Lastschrift) zwischen Acquirer und dem Kundenkonto bei der Issuing-Bank ist dann im B4 zu melden (wie z.B. bei Kartentransaktionen auch).
------------------------	---

stornierte Transaktionen und abgelehnte Transaktionen	Im Allgemeinen werden stornierte Transaktionen (cancelled transactions) nicht gezahlt, während abgelehnte Transaktionen (rejected transactions) gezahlt werden. Im Sonderfall der mangelnden Deckung des Kundenkontos sollten abgewiesene Überweisungen nicht gezahlt werden, da sie in der Sphäre der Kundenbank auf der Absenderseite abgewiesen werden (was nicht zu einer tatsächlichen Transaktion führt). Abgelehnte Lastschriften hingegen sind im gleichen Fall der mangelnden Deckung zu zählen, da sie in der Interbankensphäre auf der Empfängerseite abgelehnt werden (in diesem Fall wird eine tatsächliche Transaktion durchgeführt und später abgelehnt).
---	--

Rückabwicklung	Eine Rückabwicklung (reversal) ist eine technische Annullierung einer Transaktion. Vor der Abrechnung der ursprünglichen Transaktion wird die Stornierung von der ursprünglichen Transaktion abgezogen und nicht als separate Transaktion gemeldet.
----------------	---

Rückerstattung /
Rücktransaktion

Eine Rückerstattung (refund) ist eine separate Transaktion. Die Rückerstattung wurde separat und unabhängig von der ursprünglichen Zahlungstransaktion abgewickelt; sie sollte separat gemeldet werden.

4.1 Transaktionen ATM – on us

Zusätzlich zu den Einzahlungen/Auszahlungen/Zahlungen die von ATM-Acquirern abgewickelt werden ist es nötig Daten zu ATM-Transaktionen zu erfassen, die on-us (bankinterne bzw. sektorinterne Abwicklungen, bei denen die kartenausgebende Bank gleichzeitig Betreiber des Geldausgabeautomaten ist und somit kein zusätzliches Routing der Transaktion über externe Dienstleister erfolgt) vorgenommen werden.

Unter dieser Position sind Bargeldauszahlungen (unter Verwendung eines kartengestützten Zahlungsinstruments oder eines anderen Mittels), Bargeldeinzahlungen (unter Verwendung eines kartengestützten Zahlungsinstruments oder eines anderen Mittels) und Zahlungen am ATM (unter Verwendung eines kartengestützten Zahlungsinstruments) zu melden.

Es gibt folgende Konzepte:

- ATM Transaktionen (ohne E-Geld) im Inland mit Karten, die inländische Issuer begeben haben
- ATM Transaktionen (ohne E-Geld) im Inland mit Karten, die ausländische Issuer begeben haben
- ATM Transaktionen (ohne E-Geld) im Ausland mit Karten, die inländische Issuer begeben haben

Die Kartenfunktion (Debit-Karte, Delayed Debit-Karte, etc.) ist einerseits bei Auszahlung (egal ob im Inland oder Ausland) mit Karten, die inländische Issuer begeben haben, zu melden (sonst ist „nicht anwendbar“ zu melden) sowie andererseits bei Kartenzahlung, wo die Kartenfunktion bei allen drei Konzepten zu melden ist. Informationen zur Kartenfunktion bei Auszahlungen sind nicht im Fokus der EZB.

Prinzipiell erwarten wir, dass vorwiegend Debit-Karten gemeldet werden.

Zusätzlich ist das Land zu melden in dem die Transaktion stattgefunden hat (auch wenn davon ausgegangen wird, dass dies fast ausschließlich Österreich ist). Diese Angabe soll aufgegliedert werden in: Inland, Aufschlüsselung nach einzelnen Ländern für alle EWR-Länder und in Summe grenzüberschreitend außerhalb des EWR. Inwiefern kann man sich vorstellen, dass in einem anderen Land on-us-Transaktionen an einem ATM getätigt werden? Wenn z.B. ein

Kreditinstitut eine Auslandstochter mit ATMs hat und die Abhebung/Einzahlung/Zahlung über die eigenen Systeme läuft, wäre das jeweilige Land zu melden.

Wenn etwas am ATM als kartenbasierter Zahlungsvorgang bezahlt wird, muss folgende Bedingung erfüllt sein: Es wird eine Kartenzahlungsdatei erstellt und über ein Schema (VISA, MasterCard, etc.) verarbeitet.

Überweisungen fallen hier nicht darunter: Wenn eine Überweisung an einem Terminal initiiert wird, wird die Karte nur zur Verifizierung der Identität des Kontoinhabers verwendet, der dann Zugriff auf das Konto erhält, von dem die Überweisung initiiert werden kann. Dies ist im B4 unter gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst) - via Geldautomat (ATM) oder anderem Terminal (CRTR4500) zu melden.

Nur bei Kartenzahlung am ATM ist

- die Systemerkennung der benutzten Karte zu melden (sonst ist „nicht anwendbar“ zu melden),
- zu melden, ob die Kartenzahlung ohne starke Kundenauthentifizierung (NOSCA) oder mit starker Kundenauthentifizierung (SCA) durchgeführt wurde.

Wird die Karte nur zur Verifizierung der Identität des Kontoinhabers verwendet (z.B. bei **Sparkarten**), ist es keine Transaktion mit kartengebundenen Zahlungsinstrumenten, sondern ein anderes Mittel. Bei so einer Behebung ist unter „Transaktionen am Geldautomaten (ohne E-Geld) im Inland mit Karten, die inländische Issuer begeben haben“ (neben Anzahl und Betrag) die Dimensionen „Geldautomat Transaktion: Auszahlung“ und „Land: Österreich“ zu melden (nicht anzugeben: Kartenfunktion, Authentifizierung und Systemerkennung).

4.2 Überweisungen, Lastschriften und Schecks

Grundsätzlich sind Transaktionen von der Meldepflicht betroffen, die nicht den reinen Zwischenbankverkehr betreffen, d. h. es muss zumindest der ursprüngliche Auftraggeber einer Zahlungstransaktion oder der finale Empfänger der Transaktion ein Nicht-MFI sein. Sollte ein Institut ein Konto für ein anderes Institut führen (Nostro- bzw. Lorokonto), ist immer der Empfänger einer Überweisung meldepflichtig und nicht der Begünstigte.

Es sind sowohl Zahlungstransaktionen für die Meldung relevant,

- die zwischen zwei bei verschiedenen Zahlungsdienstleistern geführten Konten erfolgen
- als auch solche Zahlungstransaktionen, die zwischen zwei bei demselben Zahlungsdienstleister geführten Konten abgewickelt werden.

Überweisungen, die zwischen verschiedenen Konten, die auf denselben Namen lauten und beim selben Zahlungsdienstleister geführt werden, sind ebenfalls zu erfassen. **Der reine Bargeldtransfer ist für diese Meldung nicht relevant** ist nicht unter den Überweisungen zu

melden sondern gesondert. Cash Pooling, sofern es keinen ausdrücklichen Auftrag des Kunden gibt und die Bank das Cash Pooling selbst vornimmt, ist auch nicht zu melden.

Im Fall von Überweisungen und ähnlichen Transaktionen, bei denen der Zahlungspflichtige die Transaktion einleitet, ist der (die Zahlungsanweisung) sendende Teilnehmer auch der Absender der Geldmittel und der empfangende Teilnehmer der Empfänger der Geldmittel (und der Zahlungsanweisung).

Im Fall von Lastschriften, Schecks, E-Geld-Zahlungen (serverbasierte E-Geldzahlungen) und ähnlichen Transaktionen, bei denen der Zahlungsempfänger die Transaktion einleitet, ist der (die Zahlungsanweisung) sendende Teilnehmer der Empfänger der Geldmittel und der (die Zahlungsanweisung) empfangende Teilnehmer der Absender der Geldmittel.

Gebühren auf Konten, Zins- und Dividendenzahlung der Bank sowie Auszahlung des Kreditbetrags auf das Girokonto des Kunden werden nicht als Überweisungen bzw. Lastschriften gezählt.

Stornierte Zahlungstransaktionen sind ausgeschlossen. Es sind nur Zahlungsvorgänge zu melden, die ausgelöst und ausgeführt (gegebenenfalls auch angenommen und abgerechnet) worden sind.

Zurückgewiesene Überweisungen (im Falle einer Unterdeckung des Kontos) werden ebenfalls nicht gezählt, da sie auf der Sender-Seite zurückgewiesen werden. Zurückgewiesene Lastschriften werden gezählt, da sie auf der Empfänger-Seite zurückgewiesen wurden (Auftrag wurde durchgeführt und erst dann zurückgewiesen). Die Zurückweisung der Lastschrift wird als solche nicht gemeldet.

Die Meldepflicht setzt sich wie folgt zusammen:

Als ausgehende Transaktionen bei den einzelnen Zahlungsarten wird folgendes verstanden:

- Ausgehende Transaktionen zu Überweisungen werden auf der Seite des Zahlungspflichtigen gezählt;
- Ausgehende Transaktionen zu Lastschriften werden auf der Seite des Zahlungsempfängers gezählt, d. h. es werden die ausgehenden Anweisungen (Aufträge) zu Lastschriften statistisch erfasst;
- Ausgehende Transaktionen zu Schecks werden ebenfalls auf der Seite des Zahlungsempfängers gezählt;

Als eingehende Transaktionen bei den diversen Zahlungsarten wird folgendes verstanden:

- Eingehende Transaktionen zu Überweisungen werden auf der Seite des Zahlungsempfängers gezählt;

- Eingehende Transaktionen zu Lastschriften werden auf der Seite des Zahlungspflichtigen gezählt, d. h. es werden die eingehenden Anweisungen (Aufträge) zu Lastschriften statistisch erfasst;
- Eingehende Transaktionen zu Schecks werden ebenfalls auf der Seite des Zahlungspflichtigen gezählt;

Im Rahmen der Ländergliederung der erhaltenen Lastschriften, Überweisungen und Scheckzahlungen sind alle Länder (Herkunftsland) gemäß der ISO-Code Liste (<http://www.oenb.at/Statistik/Klassifikationen/ISO-Codes.html>) zu melden.

Für gesandte Lastschriften, Überweisungen und Scheckzahlungen ist das Einzel-Zielland nur für Österreich und alle Länder des EWR zu melden. Für Zielländer außerhalb des EWR ist gesammelt „grenzüberschreitend außerhalb des EWR“ (X42) zu melden (die Einzelländer werden in der quartalsweisen Meldung mit einem geringeren Detaillierungsgrad abgefragt).

Wir gehen davon aus, dass ein aktiver Kauf- bzw. Verkaufsauftrag als Überweisung gemeldet wird, ebenso wenn vom/auf das Wertpapierverrechnungskonto durch Auftrag des Kunden etwas überwiesen wird.

Überweisungen

Gesendete Überweisungen

In der untenstehenden Grafik wird dargestellt welche Informationen zu gesendeten Überweisungen zu melden sind und wie diese zusammenhängen:

Die zweite Ebene (elektronisch bzw. beleginitiiert; mit Strichen verbunden) sollten in Summe die erste Ebene ergeben. Ebenso ergibt die dritte Ebene (über/ohne Fernzahlungswege ausgelöst) in Summe die elektronisch ausgelösten Überweisungen auf der zweiten Ebene.

~~Die Ebenen darunter in den gestrichelten Kästchen sind Teile der obenstehenden Ausprägungen, stehen aber nebeneinander – abgesehen von der Verbindung Onlinebanking/Zahlungen im E-Commerce bzw. mobiler Zahlungsvorgang/mobiler P2P-Zahlungsvorgang. Grundsätzlich kann auf dieser Ebene z.B. ein Überweisungsvorgang öfter meldepflichtig werden.~~

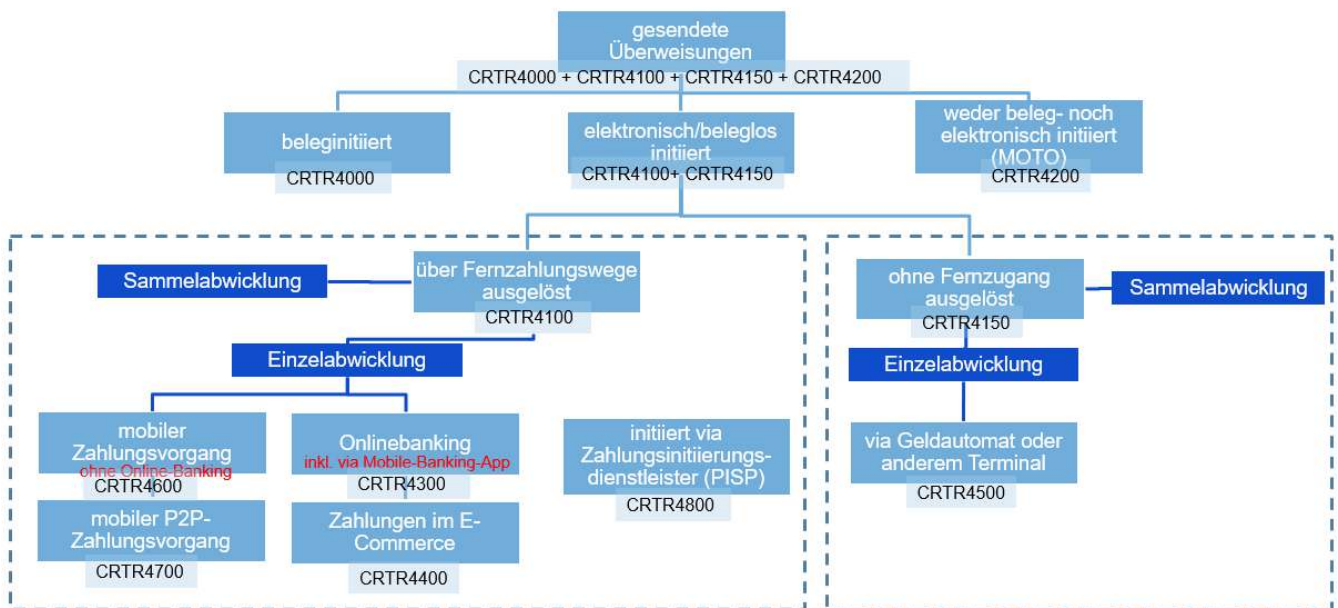
~~Die über/ohne Fernzahlungswege ausgelösten Überweisungen teilen sich in Einzel- und Sammelabwicklung (als Dimensionsausprägungen von CRTR4100 bzw. CRTR4150), wobei die Summe aller Einzelabwicklungen die Summe von~~

- ~~gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst; Einzelabwicklung) – Onlinebanking~~
- ~~gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst; Einzelabwicklung) - via Geldautomaten (ATM) oder anderem Terminal~~
- ~~gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst; Einzelabwicklung) - mobiler Zahlungsvorgang~~

ist.

Werden z.B. Sammelüberweisungen via Onlinebanking abgewickelt, sind diese nicht unter dem Konzept CRTR4300 (gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst; Einzelabwicklung) – Onlinebanking) zu melden, weil es sich ja um keine Einzelabwicklung handelt.

Beispiele: Meldung von gesendeten Überweisungen



Mache Zahlungsvorgänge sind mehrfach zu melden.

Z.B. eine E-Commerce-Überweisung in Einzelabwicklung via Mobilgerät die über Zahlungsdienstleister ausgelöst wurde, wäre zu melden unter

- gesendete Überweisungen/elektronisch initiiert/über Fernzahlungswege ausgelöst/mobiler Zahlungsvorgang
- gesendete Überweisungen/elektronisch initiiert/initiiert via Zahlungsdienstleister

Die absolute Zahl an gesendeten Überweisungen ändert sich durch diese Mehrfachmeldungen ~~auf der Ebene des „gestichelten Kästchens“~~ nicht.

Überweisungen elektronisch (beleglos intiiert)

Beleglos (elektronisch) initiierte Überweisungen sind Überweisungen, die der Zahlungspflichtige nicht in Papierform einreicht, d. h. elektronisch. Enthalten sind:

- Einreichungen per Telefax oder sonstiger Kommunikationsmittel (wie automatisiertes Telefon-Banking), sofern sie ohne manuellen Eingriff in elektronische Zahlungen umgewandelt werden,
- ~~Daueraufträge, die anfangs zwar in Papierform eingereicht wurden, in der Folge aber regelmäßig elektronisch ausgeführt werden,~~
- Überweisungen, die durch einen Zahlungsdienstleister auf der Basis eines Finanzdienstes ausgeführt werden, wenn der Finanzdienst beleglos initiiert ist, oder die Form der Einreichung des Dienstes unbekannt ist, und der Zahlungsdienstleister die Überweisung elektronisch ausgeführt hat.
- an einem Geldautomaten mit Überweisungsfunktion initiierte Überweisungen

Überweisungen in Papierform (in beleginitiiert)

Überweisungen in Papierform werden vom Zahler in Papierform oder durch die Anweisung an das Personal einer Filiale am Schalter veranlasst und erfordern eine manuelle Bearbeitung. In Papierform eingereichten Daueraufträge werden als "Beleginitiierte Überweisungen" gemeldet.

Überweisungen weder beleginitiiert noch elektronisch initiiert

Diese Aufschlüsselung umfasst alle Fälle von Überweisungen, die nicht elektronisch und nicht in Papierform veranlasst werden, z.B. MOTO-Transaktionen (Auftrag via Brief oder Telefon).

Mit und ohne Fernzahlung

Eine **Fernzahlungstransaktion** wird in Artikel 4 Absatz 6 der Richtlinie (EU) 2015/2366 definiert.

Nicht-Fernzahlungstransaktionen umfassen Zahlungstransaktionen an Terminals einschließlich solcher, die kontaktlose Technologie, Geldautomaten, POS-Terminals, unbeaufsichtigte Terminals und automatisierte Zahlungszentren verwenden.

Auf Online-Banking basierende Überweisung

Dazu gehören Transaktionen, bei denen der Zugriff auf die Online-Banking-Plattform über Webbrowser oder die mobile Online-Banking-App eines Zahlungsdiensteanbieters erfolgt. Überweisungen, die von Zahlungsauslösedienstleistern über die Online-Banking-Plattform der Anbieter von Kontodienstleistungen für Zahlungsdienste initiiert werden, sind hier ebenfalls eingeschlossen und werden zusätzlich in einer eigenen Untergliederung "von Zahlungsauslösedienstleister initiierte Überweisungen" gemeldet. Daher schließen sich diese Aufgliederungen nicht gegenseitig aus.

Zahlungen im E-Commerce

E-Commerce-Zahlungen beziehen sich auf alle auf Online-Banking basierenden Überweisungen, die im Zusammenhang mit einem "Verkauf oder Kauf von Waren oder Dienstleistungen, sei es zwischen Unternehmen, Haushalten, Einzelpersonen oder privaten Organisationen, durch elektronische Transaktionen über das Internet oder andere

computervermittelte (Online-Kommunikations-)Netzwerke" initiiert wurden. Der Begriff umfasst die Bestellung von Waren und Dienstleistungen, die über Computernetzwerke versandt werden, wobei die Zahlung und die letztendliche Lieferung der Waren oder Dienstleistungen entweder online oder offline erfolgen kann".

E-Commerce-Zahlungen umfassen nur solche, die über Online-Banking initiiert werden, da E-Commerce eine Unterposition der auf Online-Banking basierenden Überweisung ist. Diese Aufgliederung umfasst nicht diejenigen E-Commerce-Transaktionen, die über andere Mittel als die in der Definition der auf Online-Banking basierenden Überweisung beschriebenen Wege eingeleitet werden. Da jedoch die von den Zahlungsauslösedienstleistern initiierten Überweisungen im Zusammenhang mit E-Commerce-Transaktionen sowohl über eine Online-Banking-Plattform initiiert werden als auch mit einem Kauf auf der Website eines Händlers verbunden sind, sind sie ebenfalls eingeschlossen. Transaktionen, bei denen Anbieter von Kontodienstleistungen für Zahlungsdienste als Zahlungsauslösedienstleister fungieren, um eine einfache Überweisung für ein Konto bei einer anderen ASPSP zu initiieren, sind nicht eingeschlossen.

gesendete Überweisungen (elektronisch/beleglos ausgelöst) - via ATM oder anderem Terminal
Diese Aufschlüsselung umfasst nur Überweisungen an physischen Terminals (keine Ferntransaktionen).

Mobile payment solution

Eine Lösung zur Initiierung von Zahlungen, bei der die Zahlungsdaten und die Zahlungsanweisungen mittels mobiler Kommunikations- und Datenübertragungstechnologie über ein mobiles Gerät übertragen und/oder bestätigt werden. Zu dieser Kategorie gehören digitale Brieftaschen und andere mobile Zahlungslösungen, die zur Initiierung von P2P- (Person-zu-Person) und/oder C2B- (Consumer-to-Business) Transaktionen, d.h. Überweisungen, Kartenzahlungen und/oder E-Geld-Transaktionen, verwendet werden.

Mobile Zahlungslösungen umfassen nur Ferntransaktionen über digitale Brieftaschen, C2B- und P2P-Mobilzahlungslösungen, während nur Transaktionen über P2P-Mobilzahlungslösungen separat ausgewiesen werden. Das Zahlungsinstrument/der Zahlungsdienst, das/der verwendet wird, um Geldbeträge vom Konto auf ein anderes Konto zu übertragen, definiert die Meldung (Überweisungen im B4/ kartenbasierte Transaktionen im B1).

Eine digitale Brieftasche wird definiert als "eine Lösung, bei der Benutzer Daten registrieren können, die sich auf ein oder mehrere Zahlungsinstrumente oder Zahlungskonten beziehen, um die Initiierung von Zahlungstransaktionen zu ermöglichen".

Ausgeschlossen sind

- Transaktionen, die nicht aus der Ferne initiiert werden, z. B. an einem Geldautomaten oder einem anderen PSP-Terminal
- Überweisungen auf Basis von Online-Banking.

Überweisungen, die in der Mobile-Banking-App des Zahlungsdienstleisters ausgelöst werden, sind nur in der Untergliederung "Online-Banking-basierte Überweisungen" enthalten, da die Mobile-Banking-App lediglich eine alternative Schnittstelle ist, die die Auslösung von Online-Banking-basierten Zahlungen ermöglicht.

P2P-Lösung für mobile Zahlungen

Eine Lösung, bei der Zahlungen von einer Person an eine andere Person (P2P) über ein mobiles Gerät initiiert, bestätigt und/oder empfangen werden. Die Zahlungsanweisung und andere Zahlungsdaten werden mit einem mobilen Gerät übertragen und/oder bestätigt. Eine unverwechselbare mobile Zahlungskennung, wie z.B. Mobiltelefonnummer oder E-Mail-Adresse, kann als Proxy verwendet werden, um den Zahler und/oder Zahlungsempfänger zu identifizieren. Mobile P2P-Zahlungslösungen können verwendet werden, um Überweisungen, Kartenzahlungen und/oder E-Geld-Transaktionen zu veranlassen.

Nicht unter dieser Kategorie zu melden sind überweisungsbasierte P2P-Zahlungen

- die über die Mobile-Banking-App initiiert werden
- die über Online-Banking initiiert werden
- die an Geldautomaten oder anderen PSP-Terminals initiiert werden.

Unterscheidung der Meldung von P2P-Lösung für mobile Zahlungen im B4 bzw. im B1:

Im **B4** geht es nur um gesendete Überweisungen. Die EZB konkretisiert: Überweisungsbasierte P2P-Zahlungen, die aus der Ferne über eine mobile Zahlungslösung initiiert werden, sollten in dieser Kategorie gemeldet werden. Eine mobile P2P-Zahlungslösung ermöglicht den Geldtransfer von Person zu Person unter Verwendung ihrer Zahlungskonten.

Im Gegensatz dazu sollten im **B1** kartenbasierte, aus der Ferne initiierte P2P-Zahlungstransaktionen, wie z.B. ZGIN, separat (unter POSIS6700 und POSIS6800) unter kartenbasierten Zahlungstransaktionen in der Unterkategorie "Mobile P2P-Zahlungslösung" gemeldet werden. Diese Transaktionen werden nach wie vor von der PSA gemeldet.

gesendete Überweisungen - initiiert via PISP / vom ASPSP zu melden

Der kontoführende Zahlungsdienstleister (ASPSP) hat hier gesendete Überweisungen zu melden, die via eines Zahlungsauslösedienstleisters initiiert wurden.

Der Unterschied zwischen dieser Kategorie und der Meldung der Zahlungsauslösedienstleister (PISP) für Überweisungen wird erst bei grenzüberschreitenden Transaktionen deutlich. Es könnte der Fall eintreten, dass die PISP grenzüberschreitend ist

(z.B. die PISP mit Sitz in Land A und die ASPSP mit Sitz in Land B), die nachfolgende Überweisung jedoch inländisch ist (z.B. die ASPSP mit Sitz in Land B überweist Geld an einen anderen PSP mit Sitz in Land B). Diese Transaktion würde von der ASPSP als inländisch, von der PISP jedoch als grenzüberschreitend gemeldet werden.

SEPA- und Nicht-SEPA-Verfahren

Die Meldung von Überweisungen ist zwischen SEPA- und Nicht-SEPA-Verfahren aufgeteilt und ist für jedes Verfahren gesondert zu melden. Internationale Verfahren für Überweisungen sind das **SEPA-CT-Verfahren** und das **SEPA-Sofort-CT-Verfahren**.

Unter „**Non SEPA Zahlungen**“ versteht man alle Zahlungen, die nicht den SEPA-Regularien unterliegen, das sind zum Beispiel Zahlungen in Nicht SEPA Länder (Auslandsüberweisung) und Fremdwährungsaufträge in Nicht-EUR-Währungen. Wenn hier ein eigenes Verfahren verwendet wird ist dieses Verfahren (im Schaubild als **NONSEPA1-n** gekennzeichnet) zu melden (bitte diesbezüglich um Rücksprache mit der OeNB).

Die EZB erläutert, dass für den Spezialfall, wenn bei Transaktionen auf einer oder beiden Seiten Bargeld im Spiel ist und die Transaktion trotzdem als SEPA-Transaktion abgewickelt wird, diese Transaktion trotzdem als SEPA-Transaktion zu melden ist (SEPA end-date regulation 260/2012 und VERORDNUNG (EU) Nr. 1409/2013 der EZB zur Zahlungsverkehrsstatistik widersprechen sich hier geringfügig).

An **TARGET2**-Transaktionen sind in der Regel MFI an beiden Enden der Transaktionen beteiligt (daher hier nicht meldepflichtig). Wenn es sich bei TARGET2-Transaktionen um Einzelhandelstransaktionen (von Nicht-MFIs) handelt, die über TARGET2 "gepusht" werden, sollten sie nach dem **jeweiligen Schema** (wenn ein Schema verwendet wird) oder als "**nicht anwendbar**" gemeldet werden.

Bei On-Us-Transaktionen sollte das Dimensionsschema als "**Onus**" erfasst werden, wenn kein Clearing- und Settlement-System an der Verarbeitung der Transaktion beteiligt ist (z.B. Überweisungen zwischen zwei Konten bei derselben Bank die nicht als SEPA-Überweisung durchgeführt werden). Dies gilt unabhängig von dem für die Verarbeitung dieser Transaktionen angewandten Standard. Für andere Transaktionen, die nicht über ein Schema verarbeitet werden, sollte die Dimension des Schemas als "**nicht anwendbar**" gemeldet werden, unabhängig vom angewandten Standard.

Auch in Fällen, in denen das zur Verarbeitung der Transaktion verwendete Schema nicht bekannt ist, was z.B. bei Zahlungen über eine Korrespondenzbank der Fall sein könnte, sollte die Schemadimension als "**nicht anwendbar**" gemeldet werden. Für Transaktionen, die von Zahlungsauslösedienstleistern initiiert werden, sollte der gleiche Ansatz angewandt werden wie für Transaktionen, die von einer PSU initiiert werden.

STEP1 oder RT1 sind keine Non-SEPA-Verfahren, sondern Zahlungssysteme die (SEPA-)Verfahren nutzen. SWIFT gilt als technischer Standard (wir würden eine „nicht anwendbar/NOTA“-Klassifizierung bei SWIFT-Transaktionen erwarten).

Authentifizierung

Starke Kundenauthentifizierung (SCA) bedeutet "starke Kundenauthentifizierung" gemäß der Definition in Artikel 4(30) der Richtlinie (EU) 2015/2366.

Nicht-starke Kundenauthentifizierung (NOSCA) bezieht sich auf Transaktionen, die gemäß Kapitel III der von der Kommission delegierten Verordnung (EU) 2018/389 von der starken Kundenauthentifizierung ausgenommen sind, sowie auf Transaktionen, für die die Bestimmungen in Artikel 97 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/2366 nicht gelten. Vom Händler initiierte Transaktionen sowie andere Transaktionen, auf die SCA nicht anwendbar ist, sind eingeschlossen.

Grund für keine starke Kundenauthentifizierung

Bei Überweisungen, kartenbasierten Zahlungstransaktionen und E-Geld-Zahlungstransaktionen werden Transaktionen, die über eine nicht starke Kundenauthentifizierung authentifiziert wurden, weiter nach dem Grund aufgeschlüsselt, warum eine starke Kundenauthentifizierung nicht angewendet wurde.

Kleinbetragszahlungen

Zahlungstransaktionen, für die die Ausnahme in Artikel 16 der delegierten Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission gilt.

„Kleinbetragszahlungen“ gelten für Überweisungen, Kartenzahlungen und E-Geld-Zahlungstransaktionen.

Zahlungen an die eigene Person

Zahlungstransaktionen, für die die Ausnahme in Artikel 15 der delegierten Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission gilt.

„Zahlungen an die eigene Person“ gelten für Überweisungen und E-Geld-Zahlungstransaktionen.

vertrauenswürdige Empfänger

Zahlungstransaktionen, für die die Ausnahme in Artikel 13 der delegierten Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission gilt.

„Vertrauenswürdige Empfänger“ gelten für Überweisungen, kartenbasierte Zahlungstransaktionen und E-Geld-Zahlungstransaktionen.

wiederkehrende Zahlungsvorgänge

Zahlungstransaktionen, für die die Ausnahme in Artikel 14 der delegierten Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission gilt.

„Wiederkehrende Zahlungsvorgänge“ gelten für Überweisungen, kartenbasierte Zahlungstransaktionen und E-Geld-Zahlungstransaktionen.

von Unternehmen genutzte sichere Zahlungsprozesse und -protokolle

Zahlungstransaktionen, für die die Ausnahme in Artikel 17 der delegierten Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission gilt.

„Von Unternehmen genutzte sichere Zahlungsprozesse und -protokolle“ gelten für Überweisungen, kartengestützte Zahlungstransaktionen und E-Geld-Zahlungstransaktionen.

Transaktionsrisikoanalyse

Zahlungstransaktionen, für die die Ausnahme in Artikel 18 der delegierten Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission gilt.

„Transaktionsrisikoanalyse“ gilt für Überweisungen, kartengestützte Zahlungstransaktionen und E-Geld-Zahlungstransaktionen.

kontaktlose Kleinbetragszahlungen

Kontaktlose Zahlungen, für die die Ausnahme in Artikel 11 der delegierten Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission gilt.

„Kontaktlose Kleinbetragszahlungen“ gelten für Überweisungen, kartengestützte Zahlungstransaktionen und E-Geld-Zahlungstransaktionen.

unbeaufsichtigte Terminals für Verkehrsnutzungsentgelte und Parkgebühren

Zahlungsvorgänge, für die die Ausnahme in Artikel 12 der delegierten Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission gilt.

„Unbeaufsichtigte Terminals für Verkehrsnutzungsentgelte und Parkgebühren“ gilt für Überweisungen, kartenbasierte Zahlungstransaktionen und E-Geld-Zahlungstransaktionen.

Andere Gründe für keine starke Kundenauthentifizierung

„Andere Gründe für keine starke Kundenauthentifizierung“ gilt für kartengestützte Zahlungstransaktionen und E-Geld-Zahlungstransaktionen, für die keiner der verbleibenden Gründe zutrifft. Beispiele für solche Transaktionen sind:

Eine kartenbasierte Zahlungstransaktion, die grenzüberschreitend außerhalb des EWR getätigt wurde und die betroffene Nicht-EWR-Gegenpartei SCA nicht unterstützt und nicht den PSD2-Anforderungen unterliegt (so genannte "One-Leg-In-Transaktionen").

Für Zahlungsdienstleister ist zusätzliche Zeit vorgesehen, um zu SCA-konformen Verfahren zu migrieren.

Beispiel Überweisung ohne starke Kundenauthentifizierung

Wird daher bei den gesendeten elektronischen Überweisungen (unter CRTR4100 bzw. CRTR4150) angegeben, dass Transaktionen ohne starke Kundenauthentifizierung durchgeführt wurden, ist gleichzeitig bei diesen zwei Konzepten anzugeben welche Gründe (Ausnahmen) es für die Durchführung von Transaktionen ohne starke Kundenauthentifizierung gegeben hat.

Initiierungsinstitut

Hier ist anzugeben welches Institut die Überweisung initiiert hat. Das kann ein Zahlungsauslösedienstleister (PISP) oder ein „herkömmlicher“ Zahlungsdienstleister (PSP) sein.

Abwicklung

Eine Überweisung kann als Einzel- oder Datei/Sammelabwicklung initiiert sein. Eine Datei/Sammelabwicklung ist eine beleglos initiierte Überweisung, die Teil einer Gruppe von Überweisungen ist, die vom Zahlungspflichtigen gemeinsam initiiert werden. Jede Überweisung, die Teil einer Sammelüberweisung ist, wird als separate Überweisung gezählt, wenn die Anzahl der Transaktionen gemeldet wird.

Lastschriften

Sowohl wiederkehrende als auch "einmalige" Lastschriften sind in dieser Definition eingeschlossen. Bei wiederkehrenden Lastschriften wird jede einzelne Lastschrift als ein Zahlungsvorgang gezählt. Lastschriften, die zur Begleichung ausstehender Salden aus Zahlungstransaktionen mit einer Kredit- oder verzögerten Debitkarte verwendet werden, sind ebenfalls eingeschlossen.

Einzel-/Sammelabwicklung

Eine **Sammelabwicklung** ist eine elektronisch initiierte Lastschrift, die Teil einer Gruppe von Lastschriften ist, die gemeinsam vom Zahlungsempfänger initiiert wurden. Jede in einer Sammelabwicklung enthaltene Lastschrift wird bei der Meldung der Anzahl der Transaktionen als separate Lastschrift gezählt.

Genehmigung zum Einzug

Es ist anzugeben ob die Genehmigung zum Einzug über ein elektronisches Mandat erteilt wurde oder in einer anderen Form als einem elektronischen Mandat.

SEPA- und Nicht-SEPA-Verfahren

Die Meldung von Lastschriften ist zwischen SEPA- und Nicht-SEPA-Verfahren aufgeteilt und ist für jedes Verfahren gesondert zu melden. Internationale Verfahren für Lastschriften sind das SEPA-DD-Core-Verfahren und das SEPA-DD-B2B-Verfahren.

„**SEPA-B2B-Lastschriftverfahren**“ bedeutet "SEPA Business-to-Business-Lastschriftverfahren". Es handelt sich dabei um ein Zahlungsinstrument für Geschäftskunden, das dem Regelwerk für die Durchführung von Einzügen in Euro im gesamten SEPA-Raum von Konten, die für die Annahme von Einzügen bestimmt sind, unterliegt.

Das „**SEPA-Lastschrift Kernverfahren**“ ist das Zahlungsverfahren für SEPA-weite Lastschriften, wie es im Regelwerk für das SEPA-Kernlastschriftverfahren (SEPA Core Direct Debit Scheme Rulebook) festgelegt ist.

Nicht SEPA-Lastschriften

Bei On-Us-Transaktionen sollte das Dimensionsschema als "**Onus**" erfasst werden – wenn kein Geldtransfer zwischen Institutionen erfolgt. Dies gilt unabhängig von dem für die Verarbeitung dieser Transaktionen angewandten Standard. Für andere Transaktionen, die nicht über ein Schema verarbeitet werden, sollte die Dimension des Schemas als "**nicht anwendbar**" gemeldet werden, unabhängig vom angewandten Standard. Auch in Fällen, in denen das zur Verarbeitung der Transaktion verwendete Schema nicht bekannt ist, sollte die Schemadimension als "nicht anwendbar" gemeldet werden.

Schecks

Erhaltene Schecks sind nur halbjährlich zu melden.

Es ist immer das Land entscheidend in dem der Kunde sein Bankkonto hat und nicht das Land, in dem der Kunde seinen Hauptwohnsitz hat.

4.3 Sonstige Bestandsdaten für payments statistics

4.3.1 Konten

Für die Meldepositionen „Zahlungskonten“, „E-Geld Konten“, „Taggeld Einlagenkonten“, „Taggeld Einlagenkonten – hievon Internet/PC-linked“, Taggeld übertragbare Einlagenkonten“ und „Taggeld übertragbare Einlagenkonten – hievon Internet/PC-linked“ ist die Anzahl der jeweiligen in Österreich gehaltenen Konten von Kunden aus aller Welt (unabhängig davon, ob das Konto ein EUR-Konto oder ein Fremdwährungskonto ist) zu melden.

Anzahl der Konten für täglich fällige Einlagen

Konten für täglich fällige Einlagen von Kunden/Nichtbanken, die (ohne Verzögerung/Einschränkung) übertragbar sind sowie solche Konten für täglich fällige Einlagen von Kunden/Nichtbanken, die nicht frei übertragbar sind (z.B. nur auf ein Konto desselben Kunden übertragbar sind, wie manche Sparkonten). Einlagen aus vorausbezahlten Beträgen im Zusammenhang mit „hardware-“ oder „softwaregestütztem“ elektronischen Geld, z. B. Geldkarten, sind auch zu inkludieren.

hievon:

Anzahl der Online-Konten für täglich fällige Einlagen

Hier sind alle oben genannten Konten für täglich fällige Einlagen zu melden, auf die über das Internet oder mit dafür vorgesehenen Bank-Anwendungen über den PC (z.B. Online-Banking) zugegriffen werden kann.

Anzahl der Konten für übertragbare, täglich fällige Einlagen

Hier sind alle Konten für täglich fällige Einlagen von Kunden/Nichtbanken zu melden, die frei übertragbar sind (z.B. nicht nur auf ein Konto desselben Kunden übertragbar sind, wie manche Sparkonten).

hievon:

Anzahl der Online-Konten für übertragbare, täglich fällige Einlagen

Hier sind alle Konten für täglich fällige Einlagen von Kunden/Nichtbanken zu melden, die frei übertragbar sind (z.B. nicht nur auf ein Konto desselben Kunden übertragbar sind, wie manche Sparkonten), auf die über das Internet oder mit dafür vorgesehenen Bank-Anwendungen über den PC (z.B. Online-Banking) zugegriffen werden kann.

E-Geld Konten sind für Zahlungsdienstleister dann zu melden, wenn sie Herausgeber von E-Geld sind (z.B. in der Form von Prepaid-Karten, bei denen das „aufgeladene“ Geld auf einem entsprechenden Konto bzw. einer entsprechenden Karte gespeichert wurde).

Zahlungskonten umfassen alle Arten von Konten, die für die Ausführung von Zahlungen genutzt werden können, unabhängig davon, ob sie von einem Kreditinstitut, einem Zahlungsinstitut oder einem E-Geld-Institut geführt werden.

Darunter fallen alle **Girokonten** von Konsumenten/Nichtbanken. Konten von anderen Banken fallen nicht darunter.

Sowohl übertragbare täglich fällige Einlagen als auch übertragbare täglich fällige Einlagenkonten mit Null- oder Negativsalden werden zu den Zahlungskonten gezählt. Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sind von Zahlungskonten ausgeschlossen, ebenso wie täglich fällige Einlagen, die nicht übertragbar sind. Obwohl übertragbare täglich fällige Einlagenkonten mit einem Nullsaldo oder einem negativen Saldo nicht als "übertragbare täglich fällige Einlagen" gelten, werden sie dennoch als Zahlungskonten betrachtet, da der Saldo auf dem Konto kein bestimmender Faktor für die Definition eines Zahlungskontos ist.

Im Fall von **Spar-Konten** sind solche Konten zu zählen, bei denen der Kunde jederzeit Einlagen bzw. Abhebungen - ohne Vermittlung oder Zustimmung der Bank - tätigen kann. Das klassische Sparbuch, bei dem am Schalter eingezahlt und behoben wird und ein Bankmitarbeiter benötigt wird, ist nicht als Zahlungskonto zu sehen. **Termineinlagen-Konten** fallen nicht unter Zahlungskonten. Für die Zuordnung als Zahlungskonto ist im Fall von „Spar-Konten“ auch unerheblich, ob es sich um ein (physisches) Sparbuch handelt, solange der Kunde Einlagen bzw. Abhebungen, ohne Vermittlung oder Zustimmung der Bank tätigen kann.

Im Fall von **Kreditkonten** sind solche Konten zu zählen, bei denen der Kunde jederzeit Überweisungen/Tilgungszahlungen - ohne Vermittlung oder Zustimmung der Bank - tätigen kann. Kreditkonten, bei denen der Kunde periodisch Überweisungen tätigen muss, aber nicht jederzeit, nach eigenem Ermessen Überweisungen/Tilgungszahlungen tätigen kann, fallen nicht unter die Zahlungskonten.

Konten, die mit **Kreditkarten mit Kreditfunktion** in Verbindung stehen sind laut Vorgabe der EZB auch als Zahlungskonten zu melden.

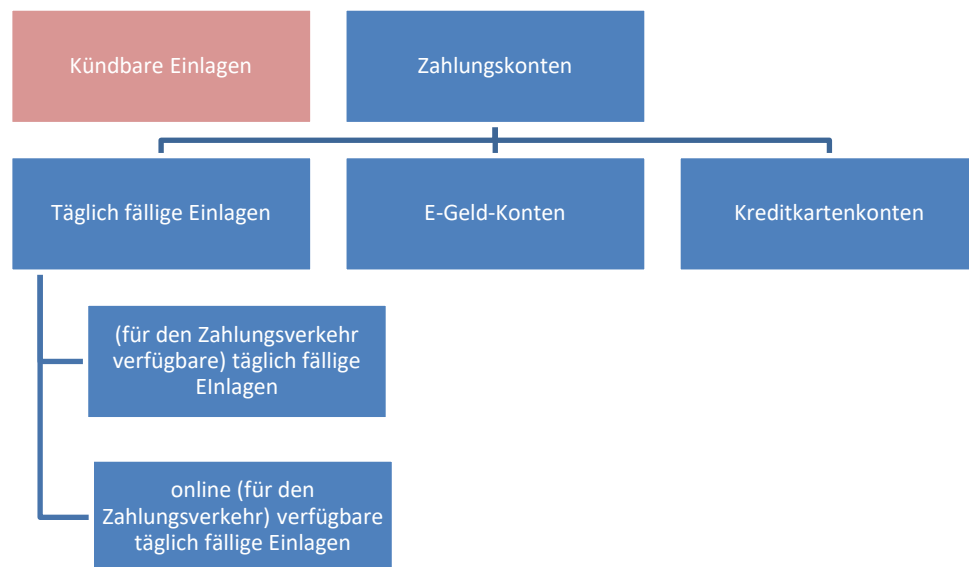
Konten, die mit **Delayed-Debit-Karten** in Verbindung stehen sind laut Vorgabe der EZB auch als Zahlungskonten zu melden, sofern Konten auf den Namen des Nutzers geführt werden und dies das Konto ist, das für die Ausführung von Zahlungstransaktionen verwendet wird.

Es gibt daher eine Beziehung zwischen der im B1 gemeldeten Anzahl von Karten und der Anzahl der dazugehörigen Konten im B4.

Bei **Wertpapierverrechnungskonten** ist die Zuordnung ebenfalls von der nötigen/nicht nötigen Zustimmung der Bank abhängig.

E-Geld-Konten fallen auch unter die Zahlungskonten, sofern es sich nicht um anonyme E-Geldkonten (von nicht registrierten Kunden) handelt.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Zusammenhänge zwischen den nachstehend erläuterten Kontoarten. Kündbare Einlagen (Einlagen, für die keine feste Laufzeit, sondern nur eine bestimmte Kündigungsfrist vereinbart wurde) gelten nicht als Zahlungskonten und unterliegen daher nicht der Meldepflicht.



EZB-FAQ zu Delayed-Debitkarten und Zahlungskonten

Frage: Ein Zahlungssystemdienstleister gibt eine Zahlungskarte heraus, die für Einkäufe bei Händlern und online sowie für Bargeldabhebungen an Geldautomaten verwendet werden kann. Der Karteninhaber erhält eine monatliche Abrechnung mit einem zinsfreien Zeitraum, innerhalb dessen der Karteninhaber den vollen Betrag der monatlichen Abrechnung begleichen muss, andernfalls fallen Verzugsgebühren an. Der Karteninhaber hat kein (E-Geld-)Konto beim PSP und rechnet den Betrag mit dem Konto ab, das er bei einem anderen Zahlungssystemdienstleister hat. Wenn der Kartenherausgeber Zahlungen vom Karteninhaber erhält, ordnet er die eingegangenen Zahlungen manuell dem Kartenkonto des Karteninhabers zu und reduziert damit den fälligen Betrag entsprechend. Sollte das Kartenkonto des Karteninhabers als Zahlungskonto gemeldet werden?

Antwort: Im Allgemeinen sind diese Konten eigentlich keine Zahlungskonten, da sie für diese spezielle Aufgabe der Verfolgung des ausstehenden Saldos auf der Karte erstellt werden, sie sind für den Karteninhaber nicht zugänglich und haben keine IBAN. Da diese Konten jedoch die einzigen Konten sind, die mit den Karten verbunden sind, und wenn diese Konten die Konten sind, von denen die Zahlungen getätigt werden, könnten sie als Zahlungskonten angesehen werden, auch wenn sie keine IBAN haben und die Karteninhaber keinen Zugang zu ihnen haben. Der Kartenaussteller sollte in diesem Fall in der Lage sein zu bestimmen, ob die verwendeten Konten als Zahlungskonten gemeldet werden sollen oder nicht.

Damit ein Konto als Zahlungskonto eingestuft werden kann, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein:

- 1. Die Konten müssen auf den Namen des Nutzers geführt werden und*
- 2. Das Konto ist das Konto, das für die Ausführung von Zahlungstransaktionen verwendet wird.*

Wenn eine dieser beiden Bedingungen nicht erfüllt ist, sollte das Konto nicht als Zahlungskonto eingestuft werden.

4.3.2 ATM-Terminals

Es sind zu melden:

- Geldautomaten (ATM) insgesamt
- Geldautomaten (ATM) mit Überweisungsfunktion
- Geldautomaten (ATM) mit Auszahlungsfunktion
- Geldautomaten (ATM) die kontaktlosen Transaktionen erlauben

Ein Geldautomat ist ein elektromechanisches Gerät, das autorisierten Benutzern mit Hilfe eines kartenbasierten Zahlungsinstruments oder eines anderen Mittels ermöglicht, Bargeld von ihren Konten abzuheben und/oder auf andere Dienste zuzugreifen, die es ihnen u. a. erlauben, Saldoabfragen zu machen, Geld zu überweisen oder einzuzahlen.

Grundsätzlich sind im B4 sind alle Eigenterminals (im eigenen Besitz) von Kreditinstituten zu melden, mit Ausnahme der Typ-A-Bankomaten (diese werden von der PSA im B1 gemeldet).

Die „Unterkategorien“ der „Geldautomaten insgesamt“ schließen sich nicht gegenseitig aus. Die Summe der Geldautomaten ist daher nicht auf Geldautomaten mit Bargeldabhebungsfunktion, Geldautomaten mit Überweisungsfunktion und Geldautomaten, die kontaktlose Zahlungen akzeptieren, beschränkt. Cash-Recycling-Automaten sind sowohl in der Meldung von Geldautomaten insgesamt als auch in einer der Unterpositionen enthalten, wenn sie mehr als eine Cash-Recycling-Funktion bieten. Großeinzahlungsautomaten sind nicht in Geldautomaten enthalten.

Terminals, die von Zweigstellen und/oder Tochterunternehmen des im Ausland gebietsansässigen Zahlungsdienstleisters bereitgestellt werden, werden nicht vom Mutterunternehmen des Zahlungsdienstleisters gemeldet, sondern von den Zweigstellen und/oder Tochterunternehmen selbst.

Geldautomaten (ATM) mit Überweisungsfunktion

Geldautomat, der es autorisierten Benutzern ermöglicht, Überweisungen mit Hilfe eines kartenbasierten Zahlungsinstruments oder anderer Mittel vorzunehmen. Geldautomaten, die

es autorisierten Benutzern ermöglichen, z. B. Rechnungen von Versorgungsunternehmen zu bezahlen, sind in dieser Aufschlüsselung enthalten.

Kontoauszugsdrucker, die auch als Zusatzfunktion „Belegscanning“ anbieten, sind **nur dann** bei **ATM Terminals mit Überweisungsfunktion** zu inkludieren, wenn für die Durchführung die Karte ~~eingeführt~~ benutzt, werden muss.

Geldautomaten (ATM) mit Auszahlungsfunktion

Geldautomat, der es autorisierten Benutzern ermöglicht, Bargeld von ihren Konten abzuheben, indem sie ein kartenbasiertes Zahlungsinstrument oder andere Mittel verwenden.

Geldautomaten (ATM) die kontaktlose Transaktionen erlauben

Geldautomaten, die kontaktlose Transaktionen akzeptieren, umfassen Geldautomaten, die es dem Nutzer ermöglichen, Bargeld abzuheben oder einzuzahlen oder eine Zahlungstransaktion über die kontaktlose Funktion seiner Karte (oder eines anderen technologischen Geräts) einzuleiten.

~~Solche Geräte, die im B1 nicht gemeldet werden, sind somit von den Eigentümern (Banken) selbst zu melden. Die PSA wird dem aktuellen Stand nach, diese Information nur für ihre eigenen Geräte melden. Es erfolgt somit keine Doppelmeldung.~~

~~**Ausgenommen** sind hiervon somit die Geldautomaten, bei denen ausschließlich On-Us Transaktionen möglich sind. Dies sind Behebungen, bei denen die kartenausgebende Bank gleichzeitig Betreiber des Geldausgabeautomaten ist. Es erfolgt kein zusätzliches Routing der Zahlung über externe Dienstleister.~~

4.3.3 Informationen zu Kontoinformationsdienstleistern und Konten-Informationsservice-Anbietern

Anzahl der Kunden von Kontoinformationsdienstleistern (AISPs): Hier ist von Kontoinformationsdienstleistern (bzw. Kreditinstituten, die als Kontoinformationsdienstleister tätig sind) die Anzahl ihrer Kunden anzugeben, die sich für Kontoinformationsdienste angemeldet haben und am letzten Tag des Berichtszeitraums Kunden waren, unabhängig davon, ob diese Kunden die Dienste in Anspruch genommen haben oder nicht. Die Freischaltung ohne Kontoeinbindung reicht nicht.

Bei Gemeinschaftskonten ist die tatsächliche Anzahl an Kunden anzugeben, die Zugriff auf das Konto haben. Das gilt auch für Treuhandkonten. Wenn hier nur der Treuhänder Zugriff hat, ist nur dieser ein Kunde.

Die Geo-Aufgliederung bezieht sich auf das (Wohnsitz-)Land des Kunden.

Unter Kunden sind in diesem Zusammenhang bei Kreditinstituten nicht jene Personen zu verstehen, für die z.B. ein Kreditinstitut Konten führt (als Account Service Provider), sondern Kunden in ihrer Funktion als Account Information Service Provider.

Im Rahmen der Länderaufteilung muss aufgegliedert werden in Inland, einer Einzelländeraufschlüsselung für alle EWR-Länder sowie eine Summe für „grenzüberschreitend außerhalb des EWR“.

Zur Geo-Aufgliederung ein Beispiel:

Wenn in Österreich 1000 Kunden ihren Wohnsitz haben, in Deutschland 20, in Großbritannien 10, in der Schweiz 2 und in den USA 5, dann ist folgendes zu melden:

- AT 1000
- DE 20
- X42 17

Kontoführende Zahlungsdienstleister (ASPSP) melden die **Anzahl an Zahlungskonten auf die von Konten-Informationsservice-Anbietern zugegriffen** wird: Kontoführende Zahlungsdienstleister (oft Kreditinstitute) sind Institutionen, die das Zahlungskonto ihrer Kunden führen. Die Aufschlüsselung bezieht sich auf die Zahlungskonten, auf die während des Bezugszeitraums zugegriffen wurde. Damit soll die Perspektive der inländischen kontoführenden Zahlungsdienstleister auf die Aktivitäten der Konten-Informationsservice-Anbietern eingeholt werden, um die Meldung der inländischen Informationsservice-Anbieter zu ergänzen. Diese Informationen sind insofern relevant, als Informationsservice-Anbieter grenzüberschreitend tätig sein können und inländische Konten von ausländischen Informationsservice-Anbieter eingesehen werden können und umgekehrt.

Die Geo-Aufgliederung bezieht sich auf das Land des Kontoinformationsdienstleisters (AISP). Wenn Kontoinformationsdienstleister aus unterschiedlichen Ländern während des Bezugszeitraums zugreifen, dann ist – sofern von der EZB keine anderen Vorgaben kommen – das Land anzugeben aus dem am häufigsten Zugriffen wird.

Beispiel:

- Auf Konto A wird 10x aus Deutschland und 5x aus Italien zugegriffen -> DE 1x
 - Auf Konto B wird 20x aus Deutschland und 15x aus Italien zugegriffen -> DE 1x
 - Auf Konto C wird 1x aus Deutschland und 4x aus Italien zugegriffen -> IT 1x
 - Auf Konto D wird 30x aus Deutschland und 31x aus Frankreich zugegriffen -> FR 1x
 - Auf Konto E wird 4x aus Österreich zugegriffen -> AT 1x
- ➔ In Summe DE=2 und IT=1 und FR=1 und AT=1

Für den relativ unwahrscheinlichen Fall, dass auf ein Konto aus zwei Ländern gleich oft zugegriffen wird, ist das Land zu melden aus dem zuletzt zugegriffen wurde.

Im Rahmen der Länderaufteilung muss aufgegliedert werden in Inland, einer Einzelländeraufschlüsselung für alle EWR-Länder sowie eine Summe für „grenzüberschreitend außerhalb des EWR“.

4.4 Sonstige Transaktionen

4.4.1 Bargeldüberweisungen gesendet/erhalten

Es sind "Geldüberweisungen" (Money Remittance) im Sinne von Artikel 4(22) der Richtlinie (EU) 2015/2366 gemeint. Das bestimmende Merkmal einer Bargeldüberweisung ist die Tatsache, dass Gelder von einem Zahler eingehen, ohne dass Zahlungskonten auf den Namen des Zahlers oder des Zahlungsempfängers eingerichtet werden.

Bargeldüberweisungen werden nicht als Überweisungen gemeldet, da sie separat ausgewiesen werden.

Eine Zahlung (z.B. Spende) mittels Zahlschein bei einer Fremdbank (d.h. ohne vorhandenes Konto) ist daher nicht als Überweisung einzuordnen, sondern als Bargeldüberweisung.

Weitere Informationen finden sich auch in Erwägungsgrund (9) der Richtlinie (EU) 2015/2366 (PSD2): "Die Geldüberweisungen ist ein einfacher Zahlungsdienst, die in der Regel auf Bargeld beruht, das ein Zahler einem Zahlungsdienstleister zur Verfügung stellt, der den entsprechenden Betrag z.B. über ein Kommunikationsnetz an einen Zahlungsempfänger oder an einen anderen im Namen des Zahlungsempfängers handelnden Zahlungsdienstleister überweist. In einigen Mitgliedstaaten bieten Supermärkte, Händler und andere Einzelhändler der Öffentlichkeit eine entsprechende Dienstleistung an, die es ihnen ermöglicht, Versorgungsunternehmen und andere regelmäßige Haushaltsrechnungen zu bezahlen. Diese rechnungsbezahlenden Dienstleistungen sollten als Bargeldüberweisung behandelt werden, es sei denn, die zuständigen Behörden sind der Auffassung, dass die Tätigkeit unter einen anderen Zahlungsdienst fällt".

Die Abgrenzung zur Meldeposition „Finanztransfers“ im B1, die ebenfalls auf die Definition in Artikel 4(22) der Richtlinie (EU) 2015/2366 verweist besteht darin, dass im B1 sämtliche „Finanztransfers“ zu melden sind die auf Sender- oder Empfänger-Seite eine **elektronische Komponente haben und das Zahlungssystem aus drei Teilnehmern besteht** (z.B. Online mit einer Abbuchung per Kreditkarte). Es handelt sich hierbei um Daten, die im Fokus der Zahlungssystemaufsicht in der OeNB sind.

Doppelmeldungen sind zu vermeiden, da beide Erhebungskonzepte für die Übermittlung an die EZB addiert werden. Z.B. sind Post/PSK-Anweisungen im B4 zu melden. Bitte halten Sie Rücksprache mit der OeNB (zahlungsverkehrsstatistik@oenb.at), falls Sie nicht sicher sind in welcher Erhebung sie melden sollen.

4.4.2 Bargeldabhebungen bzw. Bargeldeinzahlungen (von Nichtbanken) am Schalter Bargeldabhebungen (von Nichtbanken) am Schalter

Dies bezieht sich auf Bargeldabhebungen, die ein Kontoinhaber am Kundenserviceschalter seines Zahlungsdienstleisters vornimmt.

Bargeldeinzahlungen (von Nichtbanken) am Schalter

Dabei handelt es sich um Bareinzahlungen, die am Kundenserviceschalter des eigenen Zahlungsdienstleisters des Kontoinhabers unter Verwendung eines Formulars getätigt werden. Zu den Bargeldeinzahlungen am Schalter zählen alle Fälle, in denen Bareinzahlungen getätigt werden und die Gutschrift auf das Konto des Einlegers in der Regel erst später über einen manuellen Schritt erfolgt. Fälle, in denen das Konto sofort über einen manuellen Schritt gutgeschrieben wird, sind ebenfalls eingeschlossen. Bei Bargeldeinzahlungen am Schalter erfolgt die Gutschrift auf das Konto des Kunden in der Regel zu einem späteren Zeitpunkt. Wenn jedoch eine Einzahlung in einen Automaten vorgenommen wird und dem Konto automatisch gutgeschrieben wird, sollten diese als Bareinzahlungen an Geldautomaten (ATM) gemeldet werden. Die Bareinzahlung kann physisch am Kundenserviceschalter oder unter Verwendung von Nachttresoren, Siegelrandbeuteldepotfächern oder Werttransportunternehmen erfolgen.

Einzahlungen über ein Werttransportunternehmen (z.B. wenn ein Einzelhändler Tageseinnahmen bei seiner Bank einzahlt), werden zu den Bargeldeinzahlungen am Schalter gezählt, da eine Verzögerung bei der Gutschrift auf dem Konto des Einzelhändlers üblich ist. Schecks, die einer Geldtransportfirma zur Lieferung an eine Bank übergeben werden, werden als normale Schecks gezählt, so als ob sie der Bank vom Aussteller auf andere Weise vorgelegt worden wären. Die Zahlungsverkehrsdienstleister sollten diese Schecks immer dann melden, wenn sie vom Zahlungsempfänger erhalten werden. Transaktionen via Werttransportunternehmen, an denen die Zentralbank in ihrer Eigenschaft als öffentliche Behörde beteiligt ist, werden nicht berücksichtigt.

Einzahlungen via Münzeinzahlungs-Maschinen werden als Bargeldeinzahlungen am Schalter ausgewiesen, da bei diesen Einzahlungsautomaten keine Echtzeit-Gutschrift auf Konten erfolgt. Ähnlich wie bei Einzahlungen in Nachttresore und außerbörslichen Einlagen werden alle diese Einlagen als Bargeldeinzahlungen am Schalter behandelt. In allen Fällen, in denen Bareinzahlungen vorgenommen werden und dem Konto des Einzahlers später über einen manuellen Schritt gutgeschrieben werden, sollten diese als Bargeldeinzahlungen am Schalter gemeldet werden. Wenn jedoch eine Einzahlung in einen Automaten vorgenommen und dem Konto automatisch gutgeschrieben wird, sollten diese als Bareinzahlungen an Geldautomaten (ATM) gemeldet werden.

4.4.3 Kontogutschriften bzw. Kontobelastungen durch bloße Verbuchung

Hier sind Transaktionen zu melden, die von einem Zahlungsdienstleister (einschließlich E-Geld-Emittenten) ohne einen bestimmten Transaktionsauftrag initiiert werden und durch bloße Verbuchung ausgeführt werden (bloße Verbuchung bedeutet eine Gutschrift auf das Konto eines Kunden ohne Verwendung eines herkömmlichen Zahlungsinstruments).

Für Kontogutschriften durch bloße Verbuchung werden die folgenden Transaktionen gemeldet:

- a) Zinszahlung durch die Bank

- b) Dividendenzahlung durch die Bank
- c) Auszahlung des Betrags eines Kredits auf das Kontokorrentkonto des Kunden
- d) sonstige Gutschriften auf das Konto durch einfache Buchung (z.B. Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Liquiditätsmanagement wie beispielsweise automatische Übertragung von zusätzlicher Liquidität von einem Konto auf ein anderes am Ende jedes Tages), Kredittransaktionen und Transaktionen im Zusammenhang mit dem Wertpapierhandel.

Gutschriften auf den Konten durch bloße Verbuchung gelten nicht als Überweisungen.

Für diese Kontobelastungen durch bloße Verbuchung werden die folgenden Transaktionen gemeldet:

- a) Erhebung von Zinsen durch die Bank
- b) Abzug von Bankgebühren
- c) Zahlung von Steuern im Zusammenhang mit finanziellen Vermögenswerten, wenn es sich um eine separate Transaktion handelt, die vom Kunden nicht gesondert autorisiert wurde
- d) Rückzahlung des Kreditbetrags
- e) sonstige Belastungen des Kontos durch einfache Buchung (z.B. im Zusammenhang mit dem Wertpapierhandel und die Beschlagnahme des Kontos durch die Regierung).

Abbuchungen von den Konten durch bloße Verbuchung werden nicht als Lastschriften erfasst.

Wird ein z.B. bei Kreditrückzahlung/Zuzählung an eine /von einer Fremdbank ein herkömmlichen Zahlungsinstrument verwendet (SEPA Gutschrift oder Lastschrift) würden wir das unter Überweisung/Lastschrift sehen.

Bei Wertpapierkäufen bzw. -verkäufen, Dividendenzahlungen etc. ist immer zu berücksichtigen, ob ein Nicht-MFI direkt daran beteiligt ist bzw. ob es einen Transaktionsauftrag gibt oder nicht. Transaktionen zwischen zwei MFIs sind nicht zu melden.

Die EZB geht davon aus, dass zwischen zwei Nicht-MFIs (Wertpapierunternehmen/Kunde) es keine „bloße Verbuchung“ gibt. Da jede Transaktion zu melden ist, wird es dann eher z.B. unter Überweisung laufen.

4.4.4 Zahlungsvorgänge, die über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst wurden

Vom Zahlungsauslösedienstleister sind über ihn ausgelöste Zahlungsvorgänge zu melden.

Es ist auch anzugeben welche Zahlungsinstrumente verwendet werden. Die Dimension „andere“ dürfte vorerst leer bleiben, da die Zahlungsauslösedienstleister derzeit (2020) nur Überweisungen initiieren dürfen. Die Kategorie "andere" wäre nur zu befüllen, wenn es den

Zahlungsauslösedienstleistern in Zukunft erlaubt wäre, andere Transaktionen als Überweisungen zu veranlassen.

Auch der Initiierungskanal (über Fernzahlungswege ausgelöst bzw. über Zahlungswege ohne Fernzugang ausgelöst) ist anzugeben.

Die Länderaufgliederung hat auf der Grundlage des Landes, in dem das Konto liegt, von dem aus der Zahlung veranlasst wird, zu erfolgen, um zu zeigen, in welchem Umfang diese Dienstleistung grenzüberschreitend erbracht wird. Die Meldung ist zu gliedern in Inland, einer Einzelländeraufschlüsselung für alle EWR-Länder sowie einer Summe für „grenzüberschreitend außerhalb des EWR“.

5. Meldedimensionen

technische Dimensionskürzel und Dimensionsausprägungen

ATMTR

EINZ
AUSZ
ZAHL

WA

ANZ
BETR

SYSTS

SEPA
SEPAINST
NONSEPA1
NONSEPA2
NONSEPA3
ONUS
NOTA

SYSTS2

SEPADIDECS
SEPADIDEB2B
ONUS
NOTA
~~NONSEPADIDE~~

ABWK

FP
SP

AUTENT

NOSCA
SCA

INSTR

CRTR
OTHER

LD

AT
DE

Langtext

ATM Transaktion

Einzahlung
Auszahlung
Kartenzahlung

Wertart

Anzahl
Betrag

Systemstandard

SEPA Zahlung
SEPA instant
Non SEPA Zahlungen
Non SEPA Zahlungen
Non SEPA Zahlungen
Non SEPA Zahlungen (on-us)
Non SEPA Zahlungen (nicht anwendbar)

Systemstandard 2

SEPA Direct Debit Core scheme
SEPA Direct Debit B2B scheme
Non SEPA Direct Debit (on-us)
Non SEPA Direct Debit (nicht anwendbar)
~~Non SEPA direct debits~~

Einzel-/Sammel-abwicklung

Datei/Sammelabwicklung (file/batch)
Einzelabwicklung (single payment)

Authentifikation

ohne starke Kundenauthentifizierung
mit starker Kundenauthentifizierung

Zahlungsinstrument

Überweisung
andere

Land

Isocode Einzelland
Isocode Einzelland

X42
etc.

grenzüberschreitend außerhalb des EWR

LDC

AT

DE

BE

X42

etc.

Land

Isocode Einzelland

Isocode Einzelland

Isocode Einzelland

grenzüberschreitend außerhalb des EWR

CHANNEL

REMOTE

NONREMOTE

Initiierungskanal

über Fernzahlungswege ausgelöst

über Zahlungsweg ohne Fernzugang ausgelöst

KFUNKT

DEBIT

DELDEBIT

Kartenfunktion

Debitkarten

Kreditkarten ohne Kreditfunktion (Delayed Debit)

Kreditkarten mit Kreditfunktion

SYSTE

VISA

MASTERCARD

AMEXCO

DINERS

MAESTRO

PAYBOX

CUP

JCB

VPAY

ECCSH

EUFIS

EDEKA

DEBITMASTERC

Systemerkennung

Visa

MasterCard

American Express

Diners Club

Maestro

Paybox Credit Card - mobiles Zahlungsservice

China UnionPay

Japan Credit Bureau

Visa V Pay

Electronic Cash Karte der Deutschen

Kreditwirtschaft

EUFISERV Karte der European Savings Banks

Financial Services

EDEKA Gutscheinkarte

Debit MasterCard

EINZUG

ELEINZUG

Genehmigung zum Einzug

über elektronisches Mandat erteilte

Zustimmung

in einer anderen Form als einem

elektronischen Mandat

erteilte Zustimmung

OTHEREINZUG

INSTIT

PISP

PSP

Initiierungsinstitut

via Zahlungsauslösedienstleister (PISP)

via herkömmlichen Zahlungsdienstleister (PSP)

NONSCA

LW

PTS

TB

RT

SCP

TRA

CLW

UTTPF

MIT

OTHER

Ausnahmen für eine starke**Kundenauthentifizierung**

Kleinbetragszahlungen

Überweisungen zwischen Konten, die von derselben natürlichen oder juristischen Person gehalten werden

Vertrauenswürdige Empfänger

Wiederkehrende Zahlungsvorgänge von Unternehmen genutzte sichere Zahlungsprozesse und -protokolle

Transaktionsrisikoanalyse

Kontaktlose Zahlungen an der Verkaufsstelle

Unbeaufsichtigte Terminals für

Nutzungsentgelte und Parkgebühren

vom Händler ausgelöste Zahlungsvorgänge

Sonstige